

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde

Petra Potz • Reinhard Thies

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit und ihre Ziele

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk v.a. aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktiker/innen der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie hat sich aus einem Zusammenschluss von Landesnetzen der Arbeit in Sozialen Brennpunkten in den 1970er Jahren weiter entwickelt. In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Handlungsprinzip verstanden. Zur Entwicklung von Kooperationen bedarf es der Profilierung der Rolle und der Aufgaben der Gemeinwesenarbeit in einem bürgerorientierten Quartiers- und Stadtteilmanagement. Vorhandene und bewährte Ansätze von Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftsentwicklung, stadtteilorientierter Sozialer Arbeit sind dafür geeignete Anknüpfungspunkte und sind im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung weiterzuentwickeln. Die BAG fördert zugleich das interkulturelle Zusammenleben und das Angebot von lokaler lebensweltorientierter Qualifikation und Beschäftigung.

Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die BAG hat in den Jahren 2008 und 2009 das Modellprojekt »Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren« im Rahmen der Initiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführt. »Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. ... Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss«. (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de) Die Bundesinitiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik« hat im Handlungsschwerpunkt »Bürger für ihre Stadt aktivieren« diese Fragestellung in den Mittelpunkt gestellt, die im Rahmen des hier beschriebenen Modellprojektes aufgegriffen und weiter entwickelt wurde.

Die Ausgangsüberlegung für das Modellprojekt entstand aus Beobachtungen und Erkenntnissen, die in der praktischen Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft gewonnen wurden: Danach ist die Stabilisierung und Entwicklung der sozial benachteiligten Stadtteile auf absehbare Zeiträume eine andauernde Aufgabe. In spezifischen Sozialräumen konzentrieren sich dauerhaft die Folgen von sozialer Benachteiligung, negativer demografischer Entwicklung und Zuwanderung. Weil die Integration der gesellschaftlich und räumlich an den Rand gedrängten Bevölkerungsteile über den Zeithorizont spezieller Förderprogramme bestehen bleibt, haben die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohnerschaft aufwändige Integrationsleistungen zu erbringen. Sie müssen dazu deshalb dauerhaft in die Lage versetzt werden – infrastrukturell, materiell und ideell. Als Schlüsselakteure für die Quartiersentwicklung sind die Bürger/innen, die sozialen Einrichtungen und Dienste, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungsabteilungen und die Politik sozialraum-kompetent zu stärken, zu qualifizieren und aufzustellen.

Fünf Leitfragen wurden im Modellprojekt als Grundlage für die Bestandsaufnahme erkenntnisreicher Praxis in den einzelnen Bundesländern gestellt:

- An welchem Standort sind die Stadtteilakteure über die Dauer von befristeten Programmen hinaus in die Lage versetzt worden, die stets prekären Integrationsleistungen in benachteiligten Stadtteilen zu erbringen?
- Wo sind belastbare Kooperations- und Verbundstrukturen für »Dritt-Sektor-Akteure« und Träger der Sozialarbeit entstanden, in denen in einer Sektor übergreifenden Strategie »auf Augenhöhe« mit dem öffentlichen und privaten Sektor kooperiert wird?
- Wo und wie sind Modelle und Handlungsansätze gefunden worden, um zivilgesellschaftliche Akteure in stabile lokale Entwicklungspartnerschaften und freie Träger sowie subsidiäre Akteure in Lenkungsstrukturen einzubinden?
- Wo ist Gemeinwesenarbeit als professionelle Kompetenz in einem kooperativen Quartiermanagement sichergestellt worden?
- Wo und wie sind mit den Bürger/innen neue nachhaltige und selbsttragende Strukturen der Interessenartikulation, der Kommunikation und Kooperation aufgebaut worden?

Die erarbeiteten Forderungen, die im »Berliner Memorandum« enthalten sind, dienen der Profilierung und der Vergewisserung über die Bedeutung und den Stellenwert von Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung. Dieser Beitrag dient zur weiteren Einordnung und Herleitung der Forderungen des Memorandums. Im Rahmen des Projektes konnte sich die BAG quantitativ und qualitativ weiter entwickeln; dies ist bereits ein wichtiges positives Ergebnis des Projektes: Es steht somit ein bundesweites zivilgesellschaftliches Netzwerk von Praktiker/innen der Stadtteilarbeit zur Verfügung, das auf einem breiten Fundament verbandspolitische Empfehlungen vorlegen kann.

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung

Zivilgesellschaft wird als integrativer Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Die Definition von Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsaktivitäten wird wichtiger werden. Stadtentwicklung ist mehr als Stadtplanung im Sinne von technisch-baulichen Veränderungen. Der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung bezieht zunehmend sozial-kulturelle Entwicklungen ein. Damit rückt die Förderung sozial-integrativer bzw. nicht-investiver Vorhaben und Projekte stärker in den Blickpunkt. Integrierte Stadtentwicklung will die in der Stadt ablaufenden Prozesse in ihrer Gesamtheit abbilden, was nur im Zusammenspiel verschiedener Institutionen und Ebenen gelingen kann. Das Funktionieren dieses Ansatzes ist darauf angewiesen, dass Menschen vor Ort sich mit ihren Lebensbedingungen und den zuständigen Institutionen auseinandersetzen und aktiv teilhaben. Selbstbestimmung sowie die Gestaltung und Verbesserung des eigenen Lebensumfelds sind tragende Elemente eines gemeinwohlorientierten Verständnisses von Stadtentwicklung.

Dies wird auch im Stadtentwicklungsbericht 2008 des BMVBS betont: »Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Städten identifizieren können. Ohne bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen laufen öffentliche Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung oft genug leer«. (1) Konzeptionell bleibt in den auf Bundesebene formulierten Ansätzen der sozialen Stadtentwicklungspolitik der Bereich der »Zivilgesellschaft« aber relativ blass und unbestimmt. Oft ist, wie in der »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt« (2007), pauschal die Rede von »Bürgerinnen und Bürgern«. Den zivilgesellschaftlichen Assoziationen, Vereinen und Strukturen sowie den Rahmenbedingungen, unter denen diese erst handlungsfähig werden, wird vergleichsweise wenig Einfluss eingeräumt. Dabei wird ihr Beitrag zu gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Belangen, beispielsweise im Bereich der Wohlfahrtsproduktion oder der Verbesserung der sozialen Infrastruktur, inzwischen deutlich gesehen und benannt. (2)

Teilweise ist die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltungen bereits im Umbruch begriffen: Das ressortübergreifende Arbeiten in flachen Teams setzt sich allmählich durch. Die öffentliche Verwaltung verstärkt auf die Chancen solcher neuer Arbeitsformen hinzuweisen ist eine zentrale Aufgabe der Gemeinwesenarbeit. Gerade in Bereichen wie der integrierten Stadtentwicklung eröffnen sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und werden Synergien erzeugt, wie sie in herkömmlichen Arbeitsstrukturen nicht zu erwarten sind. Hier liegen Innovationspotenziale, die noch nicht ausgeschöpft sind. (3)

Zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung findet konkret in den Quartieren statt und wird dort greifbar. Während Stadtteile mit günstigeren Bedingungen oft auf eine starke und präsente Bürgerschaft und die entsprechenden ermöglichenden und ermächtigenden Strukturen aufbauen können, stellt sich die Schaffung derartiger Rahmenbedingungen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf als zentrale und zudem besonders schwierige Aufgabe dar. Um unter den ungünstigen Bedingungen benachteiligter Stadtquartiere solche Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und zu aktivieren, die selbst wenig Erfahrung mit zivilgesellschaftlichem Engagement mitbringen, werden differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Strategien,

Verfahren und Projekte notwendig. Aufbau, Mobilisierung und Beteiligung lokaler Netzwerke bringen öffentliche und private, wirtschaftlich wie zivilgesellschaftlich agierende Personen und Einrichtungen zu einer aktiven Zusammenarbeit. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für integrierte Entwicklungskonzepte in der Sozialen Stadt. Hierbei kann Gemeinwesenarbeit von ihren langjährigen Kompetenzen und Erfahrungen profitieren, aus denen sich Handlungserfordernisse ableiten lassen.

Handlungsfelder der Gemeinwesenarbeit

Unterschiedliche fachliche Zugänge müssen stärker miteinander kommunizieren. In den Programmgebieten und Projekten der Sozialen Stadt, die auf Zusammenarbeit und veränderte Verhaltens- und Kooperationsmuster aller Beteiligten angewiesen sind, wurden die folgenden vier Handlungsfelder identifiziert, in denen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und Verstärkung zivilgesellschaftliche Orientierungen besonders gestützt werden sollten:

- Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen
- Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern
- Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen
- Dem Gemeinwesen eine Stimme geben

Die Frage der Aktivierung der schwierig zu Beteiligten, die nur mit niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden können, ist eine Schlüsselproblematik. Prekäre Lebenssituationen sind eher Engagement hemmend. Deshalb sind zivilgesellschaftliche Beiträge des Dritten Sektors (Vereine, Assoziationen und Träger) zu stärken, die auf die Eigenständigkeit und Vielfalt gesellschaftlich an den Rand gedrängter Gruppen eingehen und deren Vernetzung und Einbindung fördern. Die Vermutung liegt nahe, dass es viele Kontakte, Netzwerke und »blinde Flecke« gibt, die gar nicht erfasst werden, die aber von zentraler Bedeutung für die soziale Integration sind.

Die Aktivierung und Integration von Gruppen, die schwer zu beteiligen sind und sich nur selten in formalisierten Zusammenhängen beteiligen (z.B. jüngere Menschen, bildungsferne Gruppen, ethnische Minderheiten), benötigt daher differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen. Hier geht es darum, Vertrauen und Anerkennungskulturen zu entwickeln, Wertschätzung aufzubauen für die unterschiedlichen Ressourcen. Auch die etablierten Strukturen und Institutionen müssen ihren Beitrag leisten und sich für Anliegen und bestehende Kommunikationsformen und Ressourcen der benachteiligten Gruppen öffnen; aber nicht nur diese sind zu »aktivieren«, sondern auch die Institutionen. Zur Inklusion der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf in die Stadtgesellschaft ist die Existenz und Handlungsfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Netzwerken vor Ort notwendige Bedingung. Engagement in diesen Stadtteilen braucht »starke zivilgesellschaftliche Partner«. Passende Engagement-Möglichkeiten bieten vor allem organisierte lokal verankerte Einrichtungen

(Kirchengemeinden, Kitas als Familienzentren etc.), wenn sie sich den umliegenden Milieus öffnen, bzw. integrierte Stadtteilzentren (Bürger- und Nachbarschaftshäuser).

Stadtentwicklung ist ein wichtiges Aktionsfeld für Zivilgesellschaft und kann nicht nur in der Zuständigkeit der öffentlichen Hand erfolgen. Die Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Stadtentwicklung wird von beiden Seiten oftmals nicht erkannt – auch nicht von den Aktiven selbst, denen erst deutlich gemacht werden muss, dass ihr Tun politisch gebraucht wird. Die Stärkung des Engagements kann staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern dient vor allem einer partizipativen Einflussnahme auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Gleichzeitig ist die Kompetenz der Zivilgesellschaft unerlässlich für adäquates öffentliches Handeln. Der Transfer der Aktivitäten vor Ort auf Stadtteil-, aber auch auf die gesamtstädtische Ebene ist Voraussetzung für Lösungsansätze, die die Bewohner/inneninteressen widerspiegeln. Die Potenziale für eine Herangehensweise, die auch in den Quartieren akzeptiert und umgesetzt werden kann, liegen dabei im strategischen gemeinsamen Agieren mit den stadtentwicklungsrelevanten Akteuren.

Kernaufgabe der Gemeinwesenarbeit ist Bürgerbeteiligung und Empowerment von Bürger/innen, um eine Begegnung und Zusammenarbeit aller Akteure auf Augenhöhe zu ermöglichen. Initiativen von Bürger/innen und Aktionen zur Selbsthilfe im direkten Lebensumfeld/ Sozialraum/Stadtteil müssen von Politik, Verwaltung und freien Trägern wahrgenommen und professionell unterstützt werden.

Engagementförderung in der Sozialen Stadt zeigt deutliche Erfolge, bleibt aber oft beschränkt auf befristete Förderzeiträume und einzelne Projekte sowie auf Mitwirkung ohne Mitbestimmung. Es ist hingegen notwendig, dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für die Akteure in den Stadtteilen zu schaffen. Die »Stadtteil-Plattform« und auch die Bürgerinitiativen brauchen starke Partner in der Zivilgesellschaft. Dabei bedürfen speziell die zivilgesellschaftlichen Netzwerke um Soziale Stadt-Standorte der besonderen Aufmerksamkeit und Stärkung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie von Parteien, Kirchen- und Glaubensgemeinschaften, Trägern der Wohlfahrtspflege, Verbänden und Stiftungen, um die Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche (soziale, kulturelle, wirtschaftliche) Entwicklungen zu wahren.

Die Stärkung der lokalen Ökonomie findet auf vielfältige Weise statt und ist für eine Konsolidierung und Integration sowie beschäftigungspolitisch wichtig. Eine lokale Wirtschaftspolitik für kleinere und mittlere Unternehmen, kombiniert mit Existenzgründerprogrammen auch für Menschen mit Migrationshintergrund, kann Integration vor Ort sinnvoll unterstützen. Es gibt jedoch auch weitere wirtschaftliche Aspekte, die bisher in der sozialen Stadtentwicklung weniger Aufmerksamkeit gefunden haben. Die Vernetzung, wie sie in öffentlich-privaten Partnerschaften und Allianzen in einigen Stadtteilen zusammen mit lokalen Gewebetreibenden und Händlern experimentiert wird, beispielsweise in den Business Improvement Districts (BID), läuft weitgehend parallel zu den sozial orientierten integrierten Ansätzen. Bei der derzeitigen inhaltlichen Weiterentwicklung zu wohnungs- und sozialpolitisch orientierten Ansätzen wie Housing Improvement Districts (HID) oder Neighbourhood Improvement Districts (NID) wird deutlich, dass – ohne die Kernzielstellungen der einzelnen Akteure aufzugeben – auch eine stärkere Verknüpfung über die kommunale Wirtschaftsförderung hinaus in die Sozialressorts sinnvoll ist. Eigeninteresse und Mitwirkungsbereitschaft von privaten Akteuren und Unternehmen als

Basis für die lokale Partnerschaft, beispielsweise in den Handels- und Versorgungszentren, sind erkennbar und lassen sich für die Verfolgung sozialer Fragestellungen stärker einbinden.

Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft sowie Integration von Zuwanderern müssen zunehmend ressortübergreifend verzahnt und auf Quartiersebene integriert werden. Dazu gehört auch ein aktivierendes Quartiermanagement. Das neue ESF-Bundesprogramm »Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)« entwickelt einen ressortübergreifend wirksamen Fördermechanismus, der zur Stärkung des sozial-integrativen Arbeitsprinzips in der »Sozialen Stadt« beiträgt.

Im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind große Wohnungsbaugesellschaften wichtige Akteure der Quartiersentwicklung, wenn sie investiv im Bereich der Gebäudemodernisierung, aber auch mit Maßnahmen für die soziale Stabilisierung (Belegungsmanagement, Mieterberatung, Mietergärten etc.) für den Zusammenhalt und die Präventionsarbeit in den Stadtteilen tätig werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement in der sozialen Arbeit wird durch die neue Kultur einer Wettbewerbsorientierung herausgefordert. Diese Orientierung besteht in einer staatlich geförderten Liberalisierung des sozialen Dienstleistungsmarkts und einer damit verbundenen Öffnung des Marktes für private Anbieter. Die Wohlfahrtsverbände müssen angesichts dieser Veränderungen ihre Rolle als gemeinnützige Organisationen neu austarieren. Als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft, die auch soziale Dienstleistungen erbringen und Träger der Gemeinwesenarbeit sein können, haben sie die Balance zwischen Anwaltschaftlichkeit, Solidaritätsstiftung und ihrer Funktion als Dienstleister zu wahren. Dabei können sie in der Gemeinwesenarbeit durchaus mit dem Pfund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen und ihrer sozialpolitischen Zielsetzung wuchern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Verbände, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure sind in benachteiligten Gemeinwesen zu wenig präsent. Für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement fehlen häufig konkrete Anlässe, strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ansätze zur »Ermutigung«, zum Empowerment und zur Machtdelegation müssen daher verstärkt entwickelt werden. Mit Fokus auf die Menschen im Stadtteil leistet der Dritte Sektor einen interessen geleiteten Beitrag wie die Gemeinwesenarbeit auch. Bisher gibt es Strukturen, die zwar Zivilgesellschaft wollen, diese aber – auch aus fehlender Fachlichkeit – nicht artikulieren oder organisieren können. Es braucht mehr Bereitschaft und Gelegenheit zum (öffentlichen) Diskurs vor Ort – auch zu strittigen Themen und verbunden mit einer Streitkultur und Konsensbereitschaft.

Handlungsanforderungen...

Die Prozesse der Sozialen Stadt können als Modelle betrachtet werden, anhand derer sich viele der neuen Herausforderungen für Zusammenleben, Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben des Sozialstaates veranschaulichen lassen. Es geht hier um weit mehr als um Versorgungsstandards: Es braucht ein Dach, unter dem die Menschen handeln.

Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen unabhängige Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten, »mitzudenken« und zu begreifen. Partizipationsmöglichkeiten müssen allerdings im Kontext von Quartieren der Sozialen Stadt oftmals erst geschaffen werden. Dafür sind Unterstützungssysteme und Empowerment aufzubauen. Der »Eigensinn« lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden, denn Engagement läuft nicht immer nach einem vorher beschlossenen Plan ab, weil Ziele und Formen sich verändern. Lokale Migranten-Communities haben unter Umständen ganz andere Vorstellungen von Beteiligung als Planer/innen etc. Unterschiedliche Zielgruppen benötigen deshalb unterschiedliche Formen von Ansprache und Einbindung. Hier sind Experimentierfreudigkeit und Mut gefragt, sich auch auf unbequeme, vielleicht auch aufwändigere Wege als den direkten Weg einzulassen.

... an Gemeinwesenarbeit

Aktive Einbindung und Engagement der Bürgerschaft in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sind wichtig für den Zusammenhalt und eine langfristige Perspektive für die Stadtteile. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Selbstbewusstsein in den Stadtteilen gestärkt wird. Dafür hat Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip geeignete Handlungsstrategien anzubieten. Um den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, ist Gemeinwesenarbeit selbst zu einem permanenten Überprüfen und Erneuern ihrer Handlungsansätze aufgefordert, z.B. auch zu einer interkulturellen Öffnung ihrer Strukturen.

Die Gemeinwesenarbeit muss ihre Kernkompetenzen auch in einem privatwirtschaftlich agierenden Umfeld selbstbewusst einbringen, beispielsweise beim Übergangmanagement zwischen Schule und Beruf oder bei Qualifizierungs- und Integrationsprojekten. Erfolgversprechende Ansätze gehen hier über eine rein fallbezogene und individualisierte Sichtweise hinaus und berücksichtigen lebensweltliche und sozialräumliche Rahmenbedingungen. Das Handlungsprinzip Gemeinwesenarbeit muss darauf gerichtet sein, Träger der Sozialwirtschaft (Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe) einzubinden und gemeinsam mit ihnen Projekte zu entwickeln, die lokale Bedürfnisse (z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen, Nachbarschaftsdienste) mit lokalen Ressourcen (Personen mit bestimmten Kompetenzen) zusammenbringen.

Der Ausbau und die Unterstützung von Landesnetzwerken und Trägerverbänden durch Länder und Verbände, wie beispielsweise die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG, stellt sich als zentrales Element für einen strategischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement heraus.

... an die öffentliche Hand

Strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen sind zu schaffen, die auch mit den Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verknüpft werden. Hier erwächst aus der vorgehaltenen sozialen Infrastruktur (z.B. für Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven) eine besondere Verpflichtung für die öffentliche Hand. Es geht dabei sowohl um das Angebot

niedrigschwelliger Anlaufstellen (wie z.B. Gemeinwesenzentren, -büros) als auch um die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unbürokratisch zurückgreifen zu können.

Lokale Bündnisse von Gemeinweseninitiativen und Bürgergruppen in der Kommunalpolitik sind zu stärken. Deshalb müssen öffentliche Mittel auch dafür bereitstehen, den überregionalen Erfahrungsaustausch aktiver Bewohner/innengruppen mit kontinuierlichen Angeboten zur politischen Bildung und zur weiteren Qualifizierung zu fördern. Ebenso ist eine Unterstützungsstruktur wie z.B. ein Mentorenprogramm aufzubauen, um damit über die Stadtteilarbeit hinaus zu wirken. Zu den teilweise bereits praktizierten und weiter zu entwickelnden Ansätzen für Bündnisse gehört z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung. Arbeitsagenturen und Jobcenter für Arbeitsmarktintegration sollten sich verstärkt sozialräumlich verzahnt ausrichten.

Es bedarf einer gezielten Unterstützung bei der Identifizierung, Aktivierung und Stützung von Bürgervereinen und lokalen Initiativen im Gemeinwesen, durch die gruppen- oder anlassbezogenen Einzelinteressen gebündelt und als gemeinsame Belange darstellbar werden und sich als Lobby Politikzugänge verschafft.

Gemeinwesenarbeit mit ihren Kernkompetenzen ist eine Daueraufgabe und sollte daher institutionell abgesichert werden: Sie ist aus einer oftmals bestehenden Projektförderung in Regelfinanzierungen zu überführen. Weiter reichende Überlegungen setzen bei der Qualifizierung und Professionalisierung von Gemeinwesenarbeit an Schulen und Hochschulen an und bei der Empfehlung zum Aufbau einer »Schule zur Zivilgesellschaft« auf lokaler, Landes- und Bundesebene.

... an sektorübergreifende Bündnisse

Zu pflegen sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften und Bündnisse von Akteuren, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteiligter Gruppen verbessern wollen und die ihre Interessen auf einer Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen artikulieren können.

Die Akteurskonstellationen sollten wirtschaftlich orientierte Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierte Netzwerke der Quartiersverbesserung stärker zusammenbringen, um nachhaltig integrative Beschäftigungs- und Versorgungseffekte in den Stadtteilen erzielen zu können. Hier wäre auch ein verstärktes Engagement von freien Trägern der Wohlfahrtspflege sowie von Kirchen und Glaubensgemeinschaften wünschenswert.

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann neben den investiven Maßnahmen zur Modernisierung des Wohnungsbestands zunehmend starker Partner in den Quartieren sein, wenn es um Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung geht (Belegungsmanagement, Mietergärten etc.). Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-)Wirtschaft gehört zu den bereits praktizierten Ansätzen für Bündnisse.

... an den Ansatz der Sozialen Stadt

Integrierte Stadtentwicklungsansätze wie die Soziale Stadt müssen die Kompetenzen von Gemeinwesenarbeit verstärkt nutzbar machen. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden. Um dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen zu schaffen, muss der Soziale Stadt-Ansatz von Bund und Ländern langfristig finanziert werden und mit deutlichen Leitlinien für zivilgesellschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit (»Goldene Zügel«) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskommunen profitieren können. Strategisch-politisch wichtig ist die Bildung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs- und Sozialressorts sollten verstärkt kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen. An den Standorten der Sozialen Stadt sind Aufbau und Pflege von Interessengemeinschaften und Gemeinwesenstrukturen zur Schaffung einer Handlungsplattform auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene zwingend erforderlich (Community-Organizing etc). Die Soziale Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Sie muss als Modell zum integrierten Handeln auch für andere Stadtentwicklungsprogramme zu nutzen sein.

Anmerkungen

- (1) BMVBS 2009: Stadtentwicklungsbericht 2008. Neue urbane Lebens- und Handlungsräume. Berlin, S. 49.
- (2) Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Projektgruppe Zivilengagement 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. BMFSFJ, Berlin.
- (3) Thies, R.; Potz, P.; Neumaier, M. 2009: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, S. 202-205.

Autor/in

Dr. Petra Potz ist Inhaberin des Stadtplanungsbüros location3 Wissenstransfer, Berlin, und Leiterin der BAG-Transferstelle für das Projekt »Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt«.

Reinhard Thies ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover; Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zentrum Familie, Integration, Bildung Armut (FIBA), Servicestelle Soziale Stadt, Berlin.

E-Mail: potz@location3.de

E-Mail: thies@diakonie.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de